

## Große Versprechungen - Kleine Gaben

### Haushaltspolitische Weichenstellung der LINKEN nicht gewollt

Die Linksfraktion hat in die Beratungen des Doppelhaushalts 2008/ 2009 in den Ausschüssen des Landtags über 30 Änderungsanträge eingebracht. Neben der Konsolidierung, die auch wir für zwingend erforderlich halten, muss die derzeit günstige konjunkturelle Situation genutzt werden: Für sozialpolitisch notwendige Entscheidungen und nachhaltige strukturelle Änderungen im Land. Unsere Vorschläge haben wir in



genutzt werden: Für sozialpolitisch notwendige Entscheidungen und nachhaltige strukturelle Änderungen im Land. Unsere Vorschläge haben wir in

fünf Paketlösungen konzentriert. Damit sollen Defizite im Land ausgeglichen und sozial gerechtere Alternativen ermöglicht werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Bereiche Bildung, Soziales und Arbeit, regionale Entwicklung, der ländliche Raum und die Wirtschaftsförderung. Insgesamt geht es bei unseren Vorschlägen um die Um- und Neuverteilung von 186 Mio. € in den Jahren 2008 und 2009. Lediglich 62 Mio. € haben wir davon aus den

prognostizierten Steuermehreinnahmen finanziert. Bei allen anderen Anträgen erfolgte die Finanzierung aus Umschichtungen im Haushalt und aus Korrekturen von Haushaltsansätzen. Die Anträge der Linksfraktion sind kein – wie so gern von der Koalition behauptet – Wunschzettel, sondern solide und machbare Alternativen. Man muss sie jedoch wollen. Aber die Koalition hat sich entschieden in den Ausschüssen, unsere Anträge nicht weiter zu diskutieren. Unabhängig von der sich abzeichnenden SPD/CDU-Entscheidung wird DIE LINKE weiter für ihre Vorschläge werben. Wir sind davon überzeugt, dass intelligente nachhaltige Alternativen notwendig sind, um bereits jetzt erkennbaren Fehlentwicklungen im Land entgegen zu treten. Sie müssen sowohl eine gleichwertige Entwicklung in allen Regionen – insbesondere im ländlichen Raum – ermöglichen, als auch die Handlungsfähigkeit des Landes über das Jahr 2013 hinaus sicherstellen.

*Ralf Christoffers,  
haushaltspolitischer Sprecher  
und neuer  
Vorsitzender des Ausschusses  
für Haushalt und Finanzen*

	2007		2008		2009	
	HH-Plan	Nach Steuer- schätzung	HH-Plan	Nach Steuer- schätzung	HH-Plan	Nach Steuer- schätzung
<b>Steuereinnahmen</b>	4.947	5.380	5.259	5.438	5.413	5.542
<b>Einnahmen aus Länderfinanzausgleich</b>	820	930	855	862	884	906
<b>Landesanteil (abzgl. Kommunaler Finanzausgleich)</b>	4.614	5.048	4.891	5.040	5.038	5.159
<b>Abweichung vom Haushaltsplan</b>	+ 433,9		+ 148,6		+ 120,6	
<b>Notwendig für Vorschläge der LINKEN</b>	- 2,0		- 32,5		- 27,5	

Steuereinnahmen in Mio. Euro nach der Mai-Schätzung (Grundlage des HH-Entwurfs) und der aktuellen Steuerschätzung von November 2007:

### Frohe Weihnachtsbotschaft aus dem Landtag wäre wichtig

Mit der Verabschiedung des Haushalts für 2008 und 2009 droht eine „schöne Bescherung“. Die intensiven Vorberatungen



zeigen, die Koalition will kein Geld ausgeben. Das Sozialticket für Hartz IV Empfänger ist für sie nicht finanzierbar. Auch die beitragsfreie Schülerbeförderung bleibt offenbar auf der Strecke und Kommunen mit vielen Langzeitarbeitslosen werden auch 2008 nicht genügend Geld bekommen. Was selbst im Bund für 2013 verabredet ist, in Brandenburg haben Kinder unter drei Jahren, deren Eltern arbeitslos sind, keinen Rechtsanspruch, die Kita zu besuchen. Alle Anträge der LINKEN prallten am NEIN der Koalition im Finanzausschuss ab. Dabei wäre eine Zustimmung nicht schwer gewesen. Inhaltlich gibt es sogar Gemeinsamkeiten mit der SPD, wie beispielsweise die Forderung nach einem Zuschuss zu den Kosten des Mittagessens in Kitas und Grundschulen für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Alle unsere Anträge sind solide durchgerechnet. Die Koalition bindet Ende Dezember den Haushaltssack für die nächsten 2 Jahre zu. Wir werden unsere Anträge bis dahin noch einmal einbringen. Die SPD kann ihnen zustimmen. Dies wäre eine gute Weihnachtsbotschaft für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger. Bleibt es beim Koalitions-NEIN, wird sich DIE LINKE trotzdem weiter für sozial gerechte Alternativen einsetzen, parlamentarisch und mit vielen Verbündeten im Land.

Ich wünsche Ihnen friedliche Weihnachten!

*Ihre Kerstin Kaiser,  
Fraktionsvorsitzende*



## Bildung, Jugend und Kultur

- 22 Mio. € zum Ausbau der Kindertagesbetreuung
- 250 zusätzliche Lehrerstellen, davon 100 Schulsozialarbeiter
- 4,5 Mio. € für den Landesjugendplan
- Freigabe der Mittel für die Sorbenstiftung
- Mittel an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten für dringliche Substanzerhaltung
- Zusätzliches Geld für freie Theater
- Erhalt von 5 Personalstellen im Film-museum Potsdam

## Soziales und Arbeit

- Zuschuss zu den Kosten des Mittagessens in Kitas und Grundschulen sowie zum Einschulungsbedarf für Kinder aus einkommensschwachen Familien
- Einführung eines Soziantickets (5 Mio. € pro Jahr)
- beitragsfreie Schülerbeförderung (25 Mio. €) & Ausstattung der Schulbusse mit Sicherheitsgurten
- Zuschuss zum Bundesprogramm Kommunalkombi
- Zuschüsse an anerkannte Betreuungsvereine zur Gewinnung und Unterstützung ehrenamtlicher Betreuer

## Ländlicher Raum

- Übergangszahlung i.H.v. 12 Mio. € an die ehemaligen Grund- und Kleinzentren
- Auflegung eines Regionalfonds zur Förderung von z.B. BUGA 2015 und der Wassertourismusi-niative Nordbrandenburg
- Sicherung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum
- Einbeziehung der Primärproduktion in ein Bürgerschaftssystem zur Sicherung des Zugangs zum Kapitalmarkt
- Einführung einer Mehrgefahrenversicherung für den ländlichen Raum

## Wirtschaft

- Bildung eines Darlehensfonds zur Finanzierung von Maßnahmen der allgemeinen Wirtschaftsförderung und Stabilisierung der vorhandenen Unternehmensstruktur bzw. -substanz ab dem Jahr 2013
- Zuschüsse an die Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH
- Einbeziehung digitaler Medien in die Förderung
- Investitionen in erneuerbare Energien (REN-Programm)

## Strukturänderungen

- Aufnahme revolutionierender Fonds und Erhöhung des Kreditvolumens auf 280 Mio. €
- Garantien und sonstige Gewährleistungen Erhöhung der Gesamtsumme auf 50 Mio. € um damit dem Kapitalbedarf im KMU-Bereich besser zu entsprechen
- Aufnahme einer Exportkreditversicherung & einer Mehrgefahrenversicherung für die landwirtschaftliche Produktion

## Bildung: Hat Priorität!

DIE LINKE fordert eine Erhöhung der Mittel für die Kindertagesbetreuung - für 2008 um 4 Mio. zur besseren finanziellen Absicherung der Sprachförderung und um 18 Mio. für 2009, um spätestens ab 2009 allen Kinder ab zwei Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz zu gewährleisten. Eine weitere Forderung: 250 Lehrerstellen mehr - davon 100 Schulsozialarbeiterstellen.

„Kein Kind darf zurückgelassen werden“ - das ist die Devise der Landesregierung für eine bessere Bildungspolitik. Doch in der Praxis: Kein Geld für Kinder unter drei Jahren, deren Eltern arbeitslos sind – sie haben weiterhin keinen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz.

Keine Mittel für ein kostenfreies Vorschuljahr, zu dem sich SPD und CDU auf Bundes- und Landesebene medienwirk-

sam bekannt haben. Und kein Wort von der CDU, wie sie die von ihr geforderten einzügigen Schulen im ländlichen Raum finanzieren will. Dafür aber die Streichung von 1471 Lehrerstellen.

Unsere Anträge wurden im Fach- und Haushaltsausschuss abgelehnt. Argument: die Forderung ist zwar berechtigt, aber nicht finanzierbar.

„Der frühe Eintritt in die Kita ist auch entscheidend für die spätere schulische Entwicklung der Kinder. Wir können uns dabei keine Nachlässigkeit erlauben“.

Sylvia Lehmann, jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

### Kommentar unserer bildungspolitischen Sprecherin Gerrit Große:

„Mit diesem Doppelhaushalt verabschiedet sich die Landesregierung endgültig von der Priorität Bildung.“

## Sozianticket: Mobilität für Alle!

Gerade in einem Flächenland wie Brandenburg ist für viele Menschen der öffentliche Personennahverkehr unentbehrlich. Insbesondere Sozial-schwache dürfen nicht vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschlossen werden. Deshalb fordern wir im Rahmen der Haushaltsdebatte die Einführung eines Soziantickets. Dafür müssten aus dem Landeshaushalt jährlich ca. 5 Mio. € bereit gestellt werden.

Im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg gehen die Länder seit langem einen gemeinsamen Weg: Man wirbt mit dem Slogan „Ein Netz, ein Tarif.“ Nur beim Sozianticket, das es in Berlin seit mehreren Jahren gibt, will die Brandenburger Regierung nicht mitmachen. Während für die rot-rote Koalition in Berlin das Sozianticket ein wichtiger Erfolg ist, sieht

die der Brandenburger Regierung keine Notwendigkeit für ein solches Ticket. Auch die Volksinitiative, die mit 34.000 Unterschriften deutlich den Bürgerwillen zeigt, beeindruckt nicht. Die Koalition lässt Bedürftige im Regen stehen und will die Verantwortung abwälzen.

„Es gibt Dinge, die wir uns alle wünschen, die aber schlichtweg nicht machbar bzw. nicht akzeptabel sind.“

Saskia Funck, haushaltspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

#### Kommentar unserer verkehrspolitischen Sprecherin Anita Tack:

„Die Einführung eines Sozialtickets den Landkreisen und kreisfreien Städten zu überlassen, so wie es Verkehrsminister Dellmann vorgeschlagen hat, würde zu einer sozialen Ungleichbehandlung der Anspruchsberechtigten führen. Wir sehen hier ganz klar das Land in der Pflicht, insbesondere auch deshalb, weil die Betroffenen an den Steuer-mehreinnahmen des Landes teilhaben sollen.“

## Mittagessen: Für alle Kinder!

Jedes Kind sollte täglich ein warmes Mittagessen haben, das dem Anspruch an eine gesunde Ernährung gerecht wird. DIE LINKE hat beantragt, aus dem Landeshaushalt einen Zuschuss in Höhe von 10 Mio. € pro Jahr zur Verfügung zu stellen, denn für Familien, die auf Arbeitslosengeld II und Sozialgeld angewiesen sind, ist dieser Anspruch nur schwer zu realisieren. Der Regelsatz für Kinder beträgt für ein Mittagessen nur 98 Cent. Der tatsächliche Kostenbeitrag liegt aber bei ca. 2 €.

SPD und CDU sehen mittlerweile auch Handlungsbedarf. Aber tun sollen es andere. So verwies Sozialministerin Ziegler auf Entwicklungen beim Bund und ihre Partei-Kollegen im Haushaltsausschuss auf die Verantwortung der Kommunen.

„Zudem liegt die Lösung des Problems nicht darin, dass man den armen Familien einen Zuschuss gewährt; denn es gibt kein belastbares Material darüber, ob das Problem darin begründet liegt“

Martina Münch, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

#### Kommentar unserer gesundheitspolitischen Sprecherin Birgit Wöllert:

„Aus Sicht der LINKEN löst ein Zuschuss zum Mittagessen allein sicher nicht das Problem der wachsenden Kinderarmut. Aber es wäre ein besonders wirksamer Beitrag dazu.“

## Schülerbeförderung: Elternbeitragsfrei!

Seit 2003 sind die Landkreise und kreisfreien Städte Brandenburgs gezwungen, Elternbeiträge für die Schülerbeförderung zu erheben. DIE LINKE lehnt diese Regelung strikt ab und hat sowohl im Infrastrukturausschuss als auch im Haushaltsausschuss die Abschaffung der Elternbeiträge für die Schülerbeförderung gefordert.

Auch wenn die Landesregierung immer wieder betont, dass Bildung oberste Priorität hat, sorgt sie mit zahlreichen Schulschließungen für immer längere Schulwege im Land und bestraft damit Familien in ländlichen Gebieten doppelt, denn längere Schulwege bedeuten hierzulande auch höhere Beiträge!

„Kein Kind zurücklassen, jedes Kindes Bildungschance wahren ist unsere Pflicht; denn es ist eine Entscheidung über Lebenschancen.“

Ingrid Siebke, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

#### Kommentar unserer verkehrspolitischen Sprecherin Anita Tack:

„Die Regelung zu Elternbeiträgen für die Schülerbeförderung zeigen, wie wenig der Landesregierung am Schülerverkehr und damit an gleichwertigen Bedingungen für die Landesentwicklung liegt.“

## Schulbusse: Sicher mit Gurten!

Die Sicherheit bei der Schülerbeförderung muss so verbessert werden, dass jedem Kind ein Sitzplatz mit Sicherheitsgurt im Schulbus garantiert ist. Diese Forderung der LINKEN stieß bei SPD und CDU auf taube Ohren.

Bereits nach dem Schulbusunglück in Altlandsberg wurden von der Landesregierung ausreichend Sitzplätze mit Gurten versprochen. Auch der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion nannte die Gurtspflicht für Schulbusse „zwingend erforderlich“. Doch der Verkehrsminister der SPD lehnt die Gurtspflicht für Schüler aus Kostengründen ab.

„Die gegenwärtig bestehenden Sicherheitsbestimmungen sind ausreichend. Außerdem wäre für eine Gurtpflicht in Schulbussen eine Bundesreglung nötig – „doch die ist nicht absehbar“

Reinhold Dellman, Minister für Infrastruktur und Raumordnung

#### Kommentar unserer verkehrspolitischen Sprecherin Anita Tack:

„Es gibt seit drei Jahren eine Gurtpflicht in Reisebussen. Und es ist nicht hinnehmbar, dass die Sicherheitsbestimmungen für die Schülerbeförderung hinter denen für Reisebusse zurückbleiben.“

## Kommunalkombi: Existenzsichernde Arbeitsplätze!

Auch in der diesjährigen Haushaltsdebatte hat DIE LINKE ein Projekt vorgeschlagen, mit dem etwa 10.000 Betroffene wieder in Arbeit gebracht werden können - sozialversicherungspflichtig und existenzsichernd. Für die Finanzierung könnten bestehende oder angekündigte Programme genutzt werden.

Öffentlich geförderte Beschäftigung ist und bleibt für DIE LINKE ein zentrales Anliegen. Die aktuelle Konjunktur erreicht bei weitem nicht alle Arbeitssuchenden, am wenigsten die Langzeitarbeitslosen. Die Zahl der über 50-jährigen Arbeitslosen stagniert nun schon seit einem Vierteljahr bei rund 53.000 Betroffenen. Das sind ca. 30 % aller Arbeitslosen. Unser Vorschlag wurde im Fachausschuss abgelehnt. Mit der Begründung, man prüfe noch einen eigenen Vorschlag. Und in der Tat wenig später: zogen die Koalitionäre in Brandenburg mit einem „eigenen Antrag“ nach. Gleicher Inhalt, gleicher Finanzierungsvorschlag wie im Antrag der LINKEN.

„Es ist wirtschaftlicher und sozialer Unsinn – hoffentlich sind wir uns darin einig -, Menschen dauerhaft in einer ersatzweisen Beschäftigung unterzubringen und dafür – so Ihr Vorschlag Herr Görke – einen großen öffentlichen Beschäftigungssektor aufzubauen“

Dagmar Ziegler, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

#### Kommentar unseres arbeitsmarktpolitischen Sprechers Christian Görke:

„Die Grundidee: passive Mittel (Hartz IV und Kosten der Unterkunft) werden zusammengeführt und in Arbeitsplätze investiert. Eine Forderung, die von der LINKEN seit langem erhoben wird.“

## Kommunen: Kleine nicht vergessen!

Bereits vor einem Jahr forderte DIE LINKE die Landesregierung auf, die Grundzentren nicht einfach ersatzlos aus der Landesplanung zu streichen. Entsprechende Änderungsanträge zur Forderung einer Ausgleichzahlung wurden damals wie heute ohne weitere Diskussion abgelehnt und die Streichung der Mittel für Grundzentren als alternativlos dargestellt.

Das Eingeständnis der Koalition mit dem Haushalt 2007 einen Fehler gemacht zu haben, kam erstaunlich schnell. Nur vier Wochen nach den Beratungen verkündeten im Januar 2007 Innenminister Schönbohm und Finanzminister Speer, dass 46 der insgesamt 71 in Brandenburg als Grundzentren eingestuftten Gemeinden für 2007 mehr Geld erhalten. Notwendige Gesetzesänderungen gab es aber nicht. Das bedeutet nun, dass die Grundzentren in den kommenden Jahren weiterhin ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung ihre Aufgaben für das Umland wahrnehmen werden. Bleibt nur die Hoffnung auf den Januar 2008 ...

„Gerade die bereits heute hoch verschuldeten Gemeinden im Land, die durch den veränderten Zuweisungsschlüssel Einbußen hinnehmen müssen, brauchen die jetzige zusätzliche Hilfe, damit ihnen der Ausweg aus der Finanzkrise nicht verbaut wird“

Jörg Schönbohm, Innenminister  
(Januar 2007)

#### Kommentar unseres kommunalpolitischen Sprechers Otto Theel:

„Der begründete Protest unserer Fraktion und der betroffenen Kommunen hat im Jahr 2007 Wirkung gezeigt. Mit der vorgetragenen Begründung durch die Minister Speer und Schönbohm wurden die Anträge der LINKEN im Nachhinein bestätigt.“

## Internet: Auch im ländlichen Raum!

Während es in den Städten heute schnelle Breitband-Internetanschlüsse gibt, quälen sich viele Nutzer in den ländlichen Regionen Brandenburgs oft mit langsamen ISDN-Verbindungen durchs weltweite Netz. Das bringt nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für örtliche Unternehmen handfeste Nachteile mit sich. Die Bundesregierung hat die Situation erkannt und stellt daher Fördermittel zur Verfügung. Wir haben beantragt, Mittel aus dem Landeshaushalt zur Kofinanzierung der Bundesförderung bereit zu stellen.

SPD und CDU haben diesen Antrag abgelehnt. Dabei erklärten beide noch kürzlich im Landtag wie wichtig der freie Zugang zum Netz, insbesondere für junge innovative Unternehmen auf dem Markt. Brandenburg ist.

„Es kann nicht angehen, dass wir zuschauen und in diesem Bereich nur die Bürgerselbsthilfe begrüßen.“

Dieter Dombrowski, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

#### Kommentar unserer medienpolitischen Sprecherin Kerstin Meier:

„Ein gut funktionierender Internetanschluss ist ein ideales Instrument, das Fehlen bestimmter Infrastrukturelemente in den Regionen und insbesondere im ländlichen Raum zumindest teilweise zu kompensieren. Uns ist es ernst mit gleichwertigen Lebensbedingungen.“

## Sorbische Kultur: Finanziell sichern!

Für die Förderung der sorbischen Sprache und Kultur wurden 2,6 von 7,6 Mio. der Bundesmittel gesperrt. Damit sind unikate Einrichtungen und Projekte der Minderheit bedroht. Doch statt die Wirkungen abzumildern, setzte Brandenburg eins drauf: SPD und CDU sperrten 600.000 € - ein Viertel der Landesmittel. DIE LINKE hat beantragt, die Sperre aufzuheben.

Vor der Wahl 2004 war Matthias Platzeck „an der Seite der Sorben“, 2007 beantwortet er nicht einmal mehr ihre Briefe! Und die SPD-Abgeordnete Münch sah noch im Juli keinerlei Kürzungen im Haushaltsentwurf! Sachsen hingegen, das in seinem beschlossenen Haushalt für 2008 keine Sperre hat, beharrt weiter darauf, dass der Bund 8,2 Mio. Euro an die Stiftung zahlt. Dort denkt man darüber nach, wie man die akuten Probleme der Stiftung und der von ihr geförderten Projekte und Institutionen abmildern kann. Dort wird gehandelt und nicht nur die Unterstützung für das sorbische Volk erklärt.

„Die Sorben sind eine anerkannte nationale Minderheit. Sie erfüllen über Brandenburg und Sachsen hinaus eine wichtige kulturelle Funktion. Sie sind identitätsstiftend für die gesamte Ober- und Niederlausitz. Die vom Bund geplanten Kürzungen kann die Stiftung niemals durch eigene Sparmaßnahmen kompensieren. Viele Kultur- und pädagogische Projekte wären dann in ihrer Existenz bedroht.“

Martina Münch, religionspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

#### Kommentar unseres kulturpolitischen Sprechers Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann:

„Wir sind diesen Bedenken vor der Haushaltentscheidung nachgegangen. Die Koalitionen in Berlin und Potsdam aber waren binnen sieben Monate nicht in der Lage, sich zum Bericht zu positionieren. Dafür missbrauchten sie ihn nun als Waffe gegen die Sorben.“